

Entschließung der Vertreter*innen der Versicherten: Gesundheitssystem jetzt nachhaltig stabilisieren

Entschließung der Tagung der Vertreter*innen der Versicherten, die vom Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Mitgliedsgewerkschaften in die Verwaltungsräte der gesetzlichen Krankenkassen entsandt werden, vom 8. Oktober 2022

Die Vertreter*innen der Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen fordern von den Regierungsfractionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Es steht die Gesundheitsversorgung von über 90 Prozent der Menschen in Deutschland auf dem Spiel. Sie muss umfassend gesichert bleiben. Das derzeit im parlamentarischen Prozess behandelte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz wirkt dem deutlich entgegen. Es stabilisiert die Finanzen nicht, es destabilisiert sie, sollte es so kommen wie aktuell geplant. Es fehlen wegweisende Weichenstellungen, die über das kommende Jahr hinaus eine nachhaltige Versorgungswirkung in unserer Republik entfalten könnten. Insbesondere fehlt es an geeigneten Impulsen für notwendige Strukturreformen.

Ein Griff des Staates in die Taschen der Beitragszahlerinnen und -zahler ist keine Lösung!

Wir stehen in Deutschland wirtschaftlich betrachtet vor einer völlig neuen Situation. Wir alle beobachten mit Sorge die steigende Inflation, wachsende Energiepreise und eine zunehmende Belastung der Privathaushalte. Es ist richtig, wenn nun die Bundesregierung die Bevölkerung etwa bei steigenden Gas- und Stromkosten mit insgesamt 200 Milliarden Euro unterstützen will. Völlig inakzeptabel ist es, wenn die Bundesregierung eine aufklaffende GKV-Finanzierungslücke von rund 17 Milliarden Euro vor allem die Versicherten und Arbeitgeber zahlen lassen will und damit die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger konterkariert. Das Defizit von 17 Milliarden Euro ergibt sich aus der GKV-Prognose für 2023. Ein Großteil davon, rund 11 Milliarden Euro, würde durch einen tiefen Griff in die Taschen der Beitragszahlenden, aber auch der Arbeitgeber finanziert werden. Beide Gruppen sollen somit den Löwenanteil finanzieren. Das ist in keiner Weise hinnehmbar. Die vom Staat überwiesenen Krankenkassenbeiträge für Arbeitslosengeld-II-Beziehende reichen nicht aus und führen allein in der GKV zu einer jährlichen Unterdeckung des tatsächlichen Bedarfs um rund 10 Milliarden Euro.

Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und FDP den Bürger*innen hingegen **eine kostendeckende Finanzierung der Beiträge durch den Staat versprochen**. Wann soll dieses Versprechen eingelöst werden, wenn nicht jetzt? Wir als Vertreter*innen der Versicherten fordern deshalb, dass im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz kosten-deckende Beiträge für ALG-II-Bezieher geregelt werden. Der Bund will nun der GKV ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von einer Milliarde Euro gewähren. Selbst, wenn es so käme: Die Summe ist in keiner Weise ausreichend!

Griff in die Rücklagen der Kassen verletzt Finanzautonomie

Einen staatlichen Griff in die Rücklagen bei den Kassen lehnen wir strikt ab, zumal der Gesundheitsminister damit wiederholt **die Finanzautonomie der sozialen Selbstverwaltung der Krankenkassen missachtet**. Schon in den Jahren 2020 und 2021 mussten die Krankenkassen Milliardenbeträge an Beitragsrücklagen an den Gesundheitsfonds abgeben. Die soziale Selbstverwaltung aus Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen hat eine gesellschaftliche Verantwortung für alle Menschen, die wir als Vertreter*innen der Versicherten tagtäglich erfüllen.

Mindestreserve destabilisiert die GKV und gefährdet die Versorgungssicherheit

2023 wird es nach heutigem Stand weitere Abführungen von Mindestreserven geben. Die gesetzlichen Krankenkassen fahren schon jetzt nur noch auf Reserve. Verhandlungs- und Gestaltungspielräume entfallen, und eine Insolvenzgefahr steigt bei unvorhersehbaren Finanzrisiken erheblich. Die Abführung verbliebener Rücklagen destabilisiert somit das GKV-System **und gefährdet die Versorgungssicherheit** für unsere Versicherten und die Patient*innen. Gesundheit auf Pump – das ist alles andere als nachhaltig.

Vertreter*innen der Versicherten als verlässliche Partner*innen in der GKV – vor Ort und im Betrieb für die Menschen dort

Wir, die Vertreter*innen der Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen, setzen uns dafür ein, die GKV weiterhin fit für die Zukunft zu machen. Für eine passgenaue Unterstützung der Menschen vor Ort und im Betrieb – gerade auch von wirtschaftlich benachteiligten Gruppen – arbeiten wir mit an zukunftssicheren Lösungen.

Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz in der aktuellen Fassung gefährdet unsere Arbeit für die Menschen vor Ort und im Betrieb – auf dem Land und in unseren Städten. Es darf in seiner jetzt geplanten Form auf keinen Fall umgesetzt werden. **Was wir jetzt benötigen, sind stabile finanzielle Rahmenbedingungen**. Es bedarf gesetzlicher Regelungen, die dringend notwendige Strukturreformen bei der Erbringung gesundheitlicher Leistungen ermöglichen. Und das zum Wohle aller in einer sozialen Gesellschaft.